

Pränumerations-Preise:

Für Arab:	
Ganzjährig	14 fl. — fr.
Halbjährig	7 " 50 "
Vierteljährig	3 " 50 "
Mit Postverendung:	
Ganzjährig	16 fl.
Halbjährig	8 " 50 "
Vierteljährig	4 " 50 "

Kraider Zeitung.

Insertions-Preise:

Die 5-spaltige Petitzeile oder deren Raum wird das erste Mal mit 6 kr. und bei jeder folgenden Einrückung mit 4 kr. berechnet.

Stempelgebühr für jedwelmalige Insertion 30 kr. ö. W.

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- und Feiertagen.

Manuscripte werden nicht zurückgeschickt.

Redactions- und Administrations-Bureau: Hauptgasse Nr. 2, im A. B. Steiniger'schen Hause, 2. Stock.

Aufträge für Inserate

übernehmen anstands die Herren Haasenstein & Vogler in Wien, (Neuer Markt 11), Hamburg, Berlin, Leipzig, Frankfurt a. M., Basel, die Deutsche Buchhandlung in Frankfurt a. M., A. Schulz & Comp. in Leipzig, A. Oepke in Wien und Rudolf Mosse in Berlin, Pr. Stahl, Damm, München, Nürnberg, Frankfurt a. M., Wien, Prag, Straßburg, Zürich.

Die Verfassungspartei und das Ministerium Hohenwart.

II.

Wien, 5. August.

Wenn wir uns fragen, worin die Differenzen zwischen der Regierung und der Verfassungspartei bestehen, so finden wir, daß dieselben zunächst in dem Ausmaße an Autonomie liegen, welches den einzelnen Königreichen und Ländern eingeräumt werden solle oder dürfe. Die Verfassungspartei trägt die Regierung an, daß sie die Centralgewalt schwächen wolle und beruft sich auf Frankreich, Deutschland und Italien, um alle autonomistischen Concessionen zurückweisen und für eine strenge Centralisation plaidiren zu können. Wahrlich, wird auch Niemand den theoretischen Satz anfechten wollen, daß der moderne Staat bei den großen Kraftankerungen, deren er in moralischer militärischer und finanzieller Beziehung fähig sein muß, möglichst stark centralisirt werden soll; in dieser Hinsicht herrscht zwischen der Regierung und der Verfassungspartei volle Uebereinstimmung. Allein Theorie und Praxis sind grundverschiedene Dinge. Man kann Staaten nicht nach Belieben construiren; man kann dieselben nicht nach seinen theoretischen Idealen ausführen; man muß sie nehmen, wie sie sind. Specieell die österreichischen Völker und Länder haben eine staatliche Entwicklung hinter sich und es sind Verhältnisse herangewachsen, die man weder beugen noch brechen kann. Mit diesen Verhältnissen muß unbedingt so gerechnet werden, wie es ihre Natur erheischt, und wenn die Völker Autonomie fordern, kann man ihnen keine Centralisation bieten. Uebrigens täuscht sich die Verfassungspartei, wenn sie annimmt, sie empfehle durch die Centralisation die Zusammenfassung der staatlichen Kraft, die Regierung aber durch die Autonomie die Zersplitterung und Schwächung derselben.

Auch die Regierung will die größtmögliche Centralisation, die der Staat verträgt und sie kann nur ein solches Maß von Centralisation anstreben, wie es nach den besonderen österreichischen Verhältnissen realisirt werden kann. Regierung und Verfassungspartei können somit auch keine größere Centralisation wollen, als möglich zulässig, und es kann daher die Frage, ob ein größeres oder geringeres Maß von Centralisation der Autonomie eingeräumt werden dürfe, nur nach eingehender Würdigung der besonderen Verhältnisse und Bedürfnisse eines jeden Staates beantwortet werden. Das Ministerium Hohenwart will Centralisation, wie die Verfassungstreuen; aber es will sie nach Möglichkeit und Zulässigkeit — und anders kann man sie auch nicht wollen, wenn man überhaupt nicht das Unmögliche und Unzulässige anstreben will. Kann also deshalb zwischen der Regierung und der Verfassungspartei eine ernste Differenz und ein Kampf bestehen? — Handelt es sich aber überhaupt um den Bestand und die Aufrechterhaltung der Verfassung, so begreift man erst recht nicht, warum diese Partei gegen das Ministerium Hohenwart mit Erbitterung zu den Waffen gegriffen habe. Die Verfassungspartei will die Aufrechterhaltung der Verfassung; das Ministerium will daselbe — es will den Zweck, aber nicht ohne die Mittel zur Erreichung desselben; es will, daß die Verfassung modificirt werde, damit sie zur Wahrheit und von allen Völkern anerkannt werde. Ist die Verfassungspartei aber selbst nicht der Ueberzeugung, daß die Verfassung abgeändert werden müsse und war man in ihrem Lager nicht erbötig, den Polen Concessionen einzuräumen, wie sie das Ministerium Hohenwart in solchem Umfange nicht zu bieten vermochte? — Dies allein schützt das Ministerium vor dem Vorwurfe und dem Verdachte, die Verfassung schädigender, föderalistischer Gelüste und muß die Opposition entwasfnen, denn factisch geschieht Alles, was das Ministerium unternimmt, zu Gunsten der Verfassung und der ganze ministerielle Operationsplan ist — wie in der Broschüre behauptet wird — für die Verfassung entworfen — und nicht gegen dieselbe. Ganz richtig bemerkt die Broschüre auch, daß es gegen die Verfassung eigentlich keiner Action, keiner Unterhandlung und keiner Concessionen bedürfe; da genüge die Aufrechterhaltung des status quo — und die Verfassung werde hinfällig. Eine leere Phrase ist demnach auch, daß das Ministerium die Verfassung auf verfassungsmäßigem Wege befeitigen wolle; es will Befestigung und Stärkung

der Verfassung, den Reichsrath und deshalb auch den Ausgleich. Diese Mission hat es aus den Händen des Monarchen übernommen und ihm liegt ob, den Frieden herzustellen, die einzelnen Völkerstämme, welche außerhalb der Verfassung stehen und dieselbe in Frage stellen, für die Verfassung zu gewinnen, das parlamentarische Princip zu Ehren zu bringen und die Basis zu einem parlamentarischen Ministerium zu schaffen. Tritt unter diesen Umständen an die Verfassungspartei als solche nicht die heiligste Pflicht heran, das Ministerium zu unterstützen, statt es zu bekämpfen?

Die Verfassungspartei muß gestehen, daß ihr Programm daselbe sei wie das des Grafen Hohenwart, allein sie glaubt, daß weil das Ministerium nicht parlamentarischen Ursprungs, es außerhalb der Verfassung stehen müsse und kein Vertrauen in Anspruch zu nehmen habe, um ihm das Ausgleichswerk als Vertrauensarbeit übertragen zu können. Es ist ein neuer Irrthum, der umso mehr in die Wagschale fällt und zu beklagen ist, als er rein persönlichen Motiven entspringt. Unsere verfassungsmäßigen Zustände sind krank; sie bedürfen der Heilung und es ist traurig um den Kranken bestellt, wenn an seinem Lager über die Wahl des Arztes gestritten und gehandelt wird. Und glaubt die Verfassungspartei, daß sie wirklich noch die Regierungsfähigkeit besitze und daß sie den Völkerfrieden allein herbeiführen könne? — Nichts weist in unserem Verfassungsleben darauf hin und wie die Dinge heute stehen, erscheint die Verfassungspartei im gegenwärtigen Stadium des Verfassungslebens nicht regierungsfähig. Ihr Einfluß ist beschränkt; in ihrem Schoße geht ein Proceß der Gährung und Zersetzung vor sich, der gedeihlich — wie die Broschüre betont — vollzogen sein müsse, ehe sie wieder in ihre leitende Stellung einzutreten vermag.

Aus ihrem Schoße war demnach ein Ausgleichsministerium unmöglich, denn es wäre nur ein Partei-Ministerium. Kann man aber, in Oesterreich zumal, Richter sein wollen, wenn man selbst Partei ist? Dem allgemeinen Interesse kann nicht dienen, wer dem Dienste eines Sonderinteresses sich geweiht hat. Und darum, weil die Verfassungstreuen ihren parlamentarischen Parteicharakter zu so scharfer Einseitigkeit entwickelt haben, war es heute unmöglich, ein Ministerium aus ihrer Mitte zu bilden. Sollte aber deshalb nur die Verfassungspartei gegen das Ministerium zu Felde ziehen, dann würde sie nicht bloß eine rein persönliche, sondern auch rein unmögliche Politik treiben und diese kann, wie die Broschüre darthut, niemals erfolgreich sein. Deshalb appellirt die Broschüre an die Verfassungspartei, mit den unabwendbaren Thatfachen zu rechnen und die Unmöglichkeit eines Ministeriums der eigenen Partei durch eine andere Combination zu saniren. Diese ist das Zusammengehen mit dem Ministerium Hohenwart, welches auf dem Boden streng österreichischer Gesinnung steht und an dem Constitutionalismus festhält.

Politische Uebersicht.

Arad, 7. August.

Der „Ausgleich“, wie ihn nämlich Graf Hohenwart sich denkt, beschäftigt nun fast ausschließlich die cisleithanische Presse. Interessant unter allen Umständen ist die Auslassung des „Oesterr. Journal“ — Organ des Grafen Hohenwart, — das sich in einem längeren Artikel mit dem Ausgleich beschäftigt und welchem wir im Nachstehenden das Wesentlichste entlehnen. Das genannte Journal schreibt:

„Die gestrigen Verhandlungen waren noch nicht die Schlussverhandlungen, und was wir die Einigung unter des Kaisers persönlichem Vorstie nannten, das ist noch nicht erfolgt, aber mit der gestrigen Verhandlung hatte sich bei allen Beteiligten die Zuversicht, die sie schon bisher hegten, in Gewißheit verwandelt, daß die Verhandlungen nicht mehr scheitern können, noch werden.“

Die Beteiligten sind: Kieger, Clam-Martinich und Praxak von der einen Seite, Graf Hohenwart und — wie wir glauben — noch zwei Minister von der anderen Seite.

Der Ausgleich kann also als fertig gelten. Der Ausgleich! Was heißt das? Nochmals sei es gesagt: nicht Hohenwart und Gen., noch Kieger und Gen. sind Gesetzgeber des Staates; jene sind Mandatäre

der Krone, diese Vertrauensmänner ihrer Partei; zur Gesetzgebung und Verfassungsänderung gehört hier zu Lande und heutzutage mehr. Bei einem verfassungstreuen Ministerium nämlich, und ein solches ist das jetzige, wie es am 6. Feber jedem, der hören wollte, deutlich verkündete. Wenn wir demnach sagen: der Ausgleich kann als fertig gelten, so heißt das genauer: die Vereinbarung ist fertig, welche die Minister im Namen der Krone einerseits und die Parteiführer im Sinne (wenn nicht im Namen) ihrer Partei, ihrer Landsleute andererseits über die allseitig zugestandene und anzunehmende Neugestaltung unserer Staatsrechts- und Verfassungs-Verhältnisse getroffen haben, um sie mit vereinten Kräften, jeder an seiner Stelle und in seinem Wirkungskreise, auf verfassungsmäßigem Wege rechtsgültig zu machen. Nichts weiter.

Die genannten Parteiführer sind die maßgebenden Vertreter zweier wichtiger Kronländer und ihre Zustimmung zu der in Rede stehenden Vereinbarung schließt nicht bloß die Verpflichtung ein, für die getroffene Vereinbarung mit allem persönlichen Einfluß einzutreten, sondern involvirt von vornherein mit einer an Gewißheit grenzenden Wahrscheinlichkeit die Zustimmung ihrer Parteigenossen. Die Minister andererseits sind die Vertreter der Krone, die frei erwählten, ja die ausdrücklich ad hoc erwählten Vertreter der Krone.

Was enthält der Ausgleich im Einzelnen? Wir wissen es nicht. Aber wir glauben nicht sehr zu gehen, wenn wir sagen: das glücklich erzielte Ergebniß geht über die Grenzen eines böhmischen Ausgleiches weit hinaus; verabredet ist nichts Geringeres als die Grundlagen einer autonomen Neugestaltung unseres Verfassungswesens, für welche dann folgerichtig auch die Vertrauensmänner oder Wortführer der sogenannten staatsrechtlichen Opposition aus anderen Kronländern noch zu gewinnen sein werden.“

Ueber den in den nächsten Tagen stattfindenden Besuch des deutschen Kaisers in Bschl erfährt das „Wiener Tagblatt“ Folgendes: Kaiser Wilhelm I. wird die Strecke Passau, Weis zur Fahrt nach Oberösterreich benutzen. In der Landesgrenze wird er, dem Vernehmen nach, von einem Mitgliede des kaiserlichen Hauses, wahrscheinlich vom Erzherzog Ludwig Victor und dem Statthalter von Oberösterreich begrüßt und von beiden nach Bschl, ohne jeden Aufenthalt in Gmund — wo bekanntlich der frühere König von Hannover und dessen Familie sich aufhält — geleitet.

Die Thatsache, daß der deutsche Kaiser sich nicht direct nach Gastein begibt, sondern erst einen Besuch am Hoflager in Bschl abstattet, deutet man als einen Act der Courtoisie, welcher der Kaiserin gilt, deren Brüder an dem Feldzuge in Frankreich theilnahmen. Daß der Kaiser von Oesterreich in seinem kaiserlichen Dunkel während dessen Aufenthaltes in Gastein den Besuch und wahrscheinlich gleich im Beginn der Cur erwidert, wird als ausgemachte Thatsache bezeichnet. Fürst Bismarck, der früher die Absicht hatte, ein Nordseebad zu besuchen, bleibt vorerst in Varzin und wird, sobald der Kaiser von Oesterreich nach Gastein reist, bereits dort eingetroffen sein.

Die norddeutschen Blätter beschäftigen nächst der durch die Verfügungen des preussischen Cultusministeriums und durch das Hirten schreiben des Bischofs von Ermland neuerdings ungerügten Frage des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche hauptsächlich die auch in Deutschland immer mehr zu Tage tretende Arbeiterbewegung. Die „Spener'sche Ztg.“ beschließt eine Reihe von Artikeln über diesen Gegenstand und die „Nordd. allg. Ztg.“ nimmt den jüngst in Berlin ausgebrochenen Strike der Maurer zum Anlaß, um ihren Standpunkt gegenüber der Arbeiterfrage und der Forderung des sogenannten Normalarbeitstages insbesondere zu präcisiren und zum Schlusse zu gelangen, daß diese letztere Forderung an und für sich nicht unberechtigt, aber eben bei den Maurern und den übrigen bei den Baugewerben beschäftigten Arbeitern, deren Thätigkeit während mindestens dreier Monate völlig ruhe, am wenigsten am Plage sei. Der Maurer arbeite 200, der Fabrikarbeiter 300 Tage und es sei demnach nur billig, daß dieser Unterschied durch eine etwas längere tägliche Arbeitszeit des Ersteren ausgeglichen werde.

In München versichern die clericalen Blätter

neustens, die Universität werde nunmehr, da sie Döllinger zum Rector gewählt, gleichfalls excommunicirt werden. Schrecklich!

Eine Gute feierlicher Sorte läßt sich die „N. fr. Pr.“ aus Berlin spediren. Jules Favre soll nach dieser telegraphischen Conferenz eine Note an das Berliner auswärtige Amt gerichtet haben, in der ausgeführt wird, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich, wenn nicht die von Deutschland amicitirten französischen Landesheile zurückgegeben würden, niemals freundschaftlicher Natur werden könnten. Außer dieser Erklärung soll die Note ein Desaveu der Aeußerungen Trochu in der französischen National-Versammlung betrefß der angeblichen Mitschuld des Fürsten Bismarck und der deutschen Militärbehörden an dem Commune-Aufstand enthalten, jedoch die Bemerkung beifügen, daß Fürst Bismarck selber zu diesem Mißverständnisse Anlaß gegeben habe, indem er öffentlich der Communalbewegung einige Berechtigung zugestanden.

Die letzten Differenzen, welche zwischen Thiers und der Commission der National-Versammlung bestanden, sollen vor der Erzielung des betreffenden Compromisses in Versailles enorme Bemühungen hervorgerufen haben. Thiers drohte, sich zurückziehen, und es circulirte schon das Gerücht, Gambetta, Faucher und Chanzy würden eventuell suchen, sich der Regierung zu bemächtigen.

Bzüglich des erledigten deutschen Generalkonsulatsposten in Paris schreibt der „V. Börs. Cour.“, daß derselbe Herr v. Rothchild nicht wieder übertragen werden kann, da dieser Herr doch allzu deutlich seine Antipathien gegen Preußen ausdrückte. Jetzt bewirbt sich Herr von Erlanger um die Stelle. Doch hat die preußische Regierung beschloffen, im Bundesrath darauf zu dringen, daß nicht wieder ein Mitglied der haute finance zum Pariser Consul bestellt werde. Die Regierung wünscht vielmehr die Anstellung eines Honorar-Consuls — eine Maßregel, die wir für unsern Theil nur vollkommen billigen können.

In Spanien wird die Agitation für den Papst in der letzten Zeit besonders schwungvoll betrieben. In Städten und Gemeinden sammeln die Priester von Haus zu Haus Unterschriften zu einer Adresse an den König, welche denselben auffordert, den Mächten den Vorschlag zur Berufung eines Congresses zu unterbreiten, dessen Entscheidung die römische Frage, beziehungsweise die Wiederherstellung des Kirchenstaates unterstellt werden soll. — „Eitles Sehnen, thöricht Klagen“, heißt es in einem bekannnten Schiller'schen Gedichte.

Die Londoner Demokraten — schreibt die „Engl. Corr.“ — lachen sich wieder einmal ins Häuschen, denn sie haben einen großen Sieg erfochten. Das Meeting auf den Trafalgar Square nämlich kam nicht nur zu Stande, sondern es fand sich dort auch eine anständigere Volksmenge zusammen, als sich sonst aufreiben läßt, um den Kanegießereien der Herren Odger, Bradlaugh u. s. w. zuzuhören. Man wäre jedoch durchaus im Irrthum, wollte man behaupten, daß der Anlaß zur Kundgebung — ein Protest gegen die Anpanage des Prinzen Arthur — die größere und anständigere Volksmenge zusammen gebracht habe, sondern es war einfach die gesteigerte Neugierde, ob es zu einem Zusammenstoße zwischen den Demokraten und der Polizei kommen würde. Ein solcher fand (wie bereits telegraphisch und auch sonst gemeldet) nicht statt, nachdem die Polizeibehörde das Verbot gegen die Versammlung rückgängig gemacht hatte, und auch im Uebrigen verlief Alles ruhig, so daß Odger, Bradlaugh, und wie sie alle heißen mögen, ihren Ansichten über Königreiche und Republiken in ungehemmtem Redeschwall Ausdruck geben konnten. Den Ton dieser stets über den nämlichen Keisen geschlagenen Reden haben wir schon oft charakterisirt und die ganze Geschichte ist von zu wenig Bedeutung, als daß wir uns nochmals auf Einzelheiten einlassen sollten. Nur so viel sei bemerkt, daß ein förmlicher Antrag nicht gestellt wurde, um nicht gegen das Gesetz zu verstoßen, daß Herr Odger die Aussetzung eines Jahreshaltes für den Prinzen Arthur „eine Verraubung des Staatsäckels“ nannte und daß Herr Bradlaugh am Schlusse seiner Rede so weit ging zu sagen: „Möge das Haus Braunschweig sich warnen lassen. Wenn seine Mitglieder ihre Schulden nicht selbst bezahlen und nicht aufhören, Zahrgelder aus der Staatscassa zu verlangen, dann wird die Geduld des englischen Volkes ein Ende haben.“

Aus Frankreich.

Der französische Kriegsminister hat die Verordnung erlassen, daß die Officiere untergeordneten Ranges in Zukunft erst dann Hauptleute werden können, wenn sie eine besondere Prüfung vor einer für diesen Zweck organisirten Commission gemacht haben. Diese Prüfung wird aus zwei Abtheilungen bestehen:

einem practischen Examen für die Lieutenants und Unterlieutenants, welche aus den Militärschulen hervorgegangen sind, und aus einem wissenschaftlichen Examen für die Officiere, welche diese Schulen nicht besucht haben. Unterofficierschulen werden in den Regimentern gegründet werden und man kann nicht Officier werden, wenn man nicht diese Schulen oder die Militärschulen besucht hat. Den Officiern werden Vorlesungen gehalten werden, damit sie sich die nöthigen Kenntnisse verschaffen, um ihre Hauptmannsprüfung machen zu können. Ein anderer Befehl, welchen der Kriegsminister erlassen, erregt einiges Aufsehen. Derselbe bestimmt nämlich, daß alle Officiere der Garnison von Paris, vom Unterlieutenant an bis zum General, immer ihre Uniform tragen müssen. Bisher brauchten die Officiere in Paris ihre Uniform nur dann zu tragen, wenn sie Dienst hatten. Unter den Officiern erregt diese Maßregel keine Zufriedenheit, da sie in Zukunft nicht mehr so ungenirt leben können wie früher und auch leichter Unannehmlichkeiten ausgegesetzt sein werden. Vesteres war auch bisher der Grund, weshalb man den Officiern der Pariser Garnison gestattete, Civilkleider außerhalb des Dienstes zu tragen.

Wie verlautet, soll der neue Pariser Gemeinderath schon auf nächsten Freitag für eine achtstägige Session einberufen werden. Es handelt sich um die Bewilligung einer Anleihe, welche die großen Bedürfnisse der Stadt nothwendig gemacht haben.

„Paris-Journal“ veröffentlicht einen Brief der Kaiserin Eugenie an ihre Nichte Anna Maria, den es einer amerikanischen Zeitung entnommen haben will. Laut Schreiben, welches wahrscheinlich apokryph ist, lautet:

„Chislehurst den 27. Juni 1871. Theure Anna — ich lese soeben die Rede, die General Trochu in der Kammer zu seiner Vertheidigung gehalten hat und sehe zu meinem Schmerz, daß ein französischer General, um sich von seinen Fehlern reinzuwaschen, die Verantwortung dafür auf eine Frau wälzt. Ich behaupte nicht, daß wir frei von Fehlern waren, aber es ist eine Kluge, daß uns die Rettung der Dynastie wichtiger schien als die Frankreichs. Trochu beschuldigt mich, den Kaiser aus Ehrgeiz während meiner Regentenschaft nie in meinen Proclamationen erwähnt zu haben. Der General Trochu hat mich selbst erjucht, es nicht zu thun. Sie können die unwandelbare Zuneigung, welche ich im Grunde meines Herzens für den Kaiser hege. Sie hat jetzt, da ich ihn so gelassen und resignirt Alles, selbst die nichtswürdigsten Verleumdungen über sich ergehen lassen sehe, nur zugenommen. Der General Trochu aber ist ein Verleumder, der mit seiner Rede die Republik belogen hat, wie er das Kaiserreich belog. Ihre wohlaffectionirte Tante Eugenie.“

Die „Schweiz. Grenzpost“ schreibt: „Die Ankunft des Ex-Kaisers Napoleon mit Gemalin und Sohn sammt Gefolge auf Arenenberg wird trotz der neuesten Zeitungsnachricht, daß die Kaiserfamilie in Chislehurst verbleiben wolle, von einem Tage auf den anderen erwartet. Dutzende von Handwerkern und Arbeitern sind seit Wochen beschäftigt, das malerisch gelegene Schloßchen, in welchem Napoleon einen Theil seiner Jugendjahre verlebte hat, für die Herrschaften so comfortabel als es die immerhin beschränkten Räumlichkeiten nur erlauben, herzurichten.“

Das „Journal officiel“ veröffentlicht ein Decret des Justizministers über das Verbot obscener Darstellungen, die während des Aufstandes in Paris erschienen und alle Buchhandlungen füllen. „Ich muß hinzufügen“, heißt es schließlich, „daß diese schmachvollen Speculationen nichts schonen. Ein solches Buch gegen den Ex-Kaiser, das mit ekelhaft-obscönen Stichen „geziert“ ist, hat auf dem Titelblatt als Verfasser den Namen des ehrenhaften Deputirten Schölicher, der gegen diese Zummuthung protestirt. Die Verkäufer dieses Buches machen sich eines doppelten Vergehens schuldig; des Angriffes auf die öffentliche Moral und der Fälschung.“

Das neue spanische Ministerium.

Ueber die neu ernannten Minister und Gehilfen Amadeo's zur Vermehrung des spanischen Glends erhält man folgende kurze Lebensabrisse:

Der Minister-Präsident und Minister des Innern, Ruiz Zorilla, ist erst 37 Jahre alt. Er hat zu Valladolid die Rechte studirt, wurde in Madrid Doctor und schloß sich schon als ganz junger Mensch der Progressisten-Partei an. Von 1856—1861 Deputirter der Opposition, wurde er zum Schriftführer des Congresses erwählt. Um jene Zeit veröffentlichte er eine scharfe Broschüre gegen die Neukatholiken, die er stets herzlich haßte. Das Mißlingen des 1866er Aufstandes nöthigte ihn zur Auswanderung. Im September 1868 kehrte er nach Cadix zurück, nahm lebhaften Antheil an der Revolution, welche den Thron Isabella's stürzte, und spielte seither als Minister des Unterrichtes und als Cortes-

Präsident eine hervorragende Rolle. Er war es, der dem Herzog von Aosta die spanische Krone antrug. — Ein intimer Freund des Marshalls Prim, hatte er mit diesem schon im vorigen Jahre die Bildung eines ausschließlich progressistischen Ministeriums verabredet; Prim's Ermordung allein vertagte dieselbe bis heute.

Der Kriegsminister, General Cordova, ist ein in Spaniens Geschichte längst bekannte Person. Im Jahre 1809 zu Buenos Ayres geboren, ergriff er die militärische Laufbahn, nahm thätigen Antheil am Bürgerkriege, wurde 1847 Kriegsminister, 1854 Minister-Präsident und zu wiederholtemmalen General-Director der Infanterie, deren gegenwärtige Organisation sein Werk ist. Bis zum Jahre 1868 gehörte er der Moderado-Partei an, seitdem schloß er sich den Progressisten an. Bei der Königswahl gab er seine Stimme dem Herzog von Montpensier.

Der Finanzminister Ruiz Gomez ist 50 Jahre alt und hat seine Studien in Deutschland, Frankreich und England gemacht. 1854 trat er für Dieto ins Parlament, gründete 1856 den Progressisten-Club und bezamm als Mitarbeiter an der „Iberia“ und einigen anderen Blättern einen antidyastischen Krieg gegen Isabella. Wie Zorilla, wanderte er nach den Ereignissen von 1866 aus, kehrte aber schon im December 1867 wieder nach Madrid zurück, um hier die Revolution von 1868 vorzubereiten.

Montero Rios, der neue Justizminister, ist 1832 zu San Jago in der Provinz Galicia geb., studirte Jus und Theologie, fungirte als Lehrer des canonischen Rechts und war Mitglied der Constituyente.

Der Unterrichtsminister Mandrazo ist 1816 zu Salamanca geboren, war Professor der National-Öconomie, 1862 und 1863 Deputirter, später Mitglied der Constituyente und General-Director des öffentlichen Unterrichtes.

Der Marineminister Beranger ist 1820 zu Cadix geboren, begünstigte 1868 die revolutionäre Bewegung zu Ferrol und Coruna und wurde zum Lohn dafür von der provisorischen Regierung zum Contre-Admiral ernannt.

Der Colonialminister Mosquera ist 1823 geboren und trat zeitlich in die Beamten-Carriere. Zuletzt war er Director der Civilstands-Register und des Notariats. — Also lauter Revolutionäre und Doctrinäre in trauester Harmonie! Armes Land!

Militärisches.

(Ersatz für Culturbeschädigungen durch Truppenübungen.) Das Kriegsministerium hat aus Anlaß vorgekommener Beschwerden eröffnet, daß zur Hintanhaltung von Culturbeschädigungen gelegentlich von Truppenübungen die geeigneten Befehle längst erlassen und den Truppen wiederholt eindringlich in Erinnerung gebracht wurde, daß diese gemeffenen Befehle mit allem Nachdruck von Seite der Truppencommandanten aufrechtgehalten werden, und daß, wenn ausnahmsweise partielle Schäden, die eben absolut nicht ganz vermieden werden können, dennoch vorkommen, die berechtigten Entschädigungs-Ansprüche der Grundbesitzer stets befriedigt werden, und daß in Fällen, wo ein Anlaß zur Beschwerdeführung gegeben sein sollte, die mit speciellen Thatfachen begründete Beschwerde bei der politischen Behörde erster Instanz zur Constaturung des Thatbestandes und weiterer Veranlassung einzubringen ist.

Tagesneuigkeiten.

Arab, 7. August. Gestern Vormittags 10 Uhr fand im SitzungsSaale der städt. Repräsentanz die Monatsitzung des großen Ausschusses des Araber Feuerlösch-Corps statt. — Wir — und mit uns wohl viele Mitglieder des Corps — waren in dem Glauben, daß in dieser Sitzung des leitenden Ausschusses, welche unmittelbar nach einem großen Brandunglücke stattfand, Fragen zur Sprache kommen werden, welche eine rationelle Reform des Vereins, insoweit diese auf dessen Hauptziel: das Löschwesen, Bezug haben, in sich faßten. Dem war jedoch nicht so. Der Ausschuss erledigte seine Geschäfte in gewohnter, geschäftsmäßiger Weise, setzte eine Commission zu Reorganisirung der Musikkapelle und eine zweite zur Regelung einiger Disciplinargelegenheiten ein und es hatte bereits den Anschein, als sollte diese Sitzung in harmloser Weise ihren Abschluß finden, als sich Herr Papp János erhob und in ziemlich erregter Weise die Einleitung eines Preßprocesses gegen ein hiesiges Blatt (dasselbe wurde nicht genannt) beantragt, weil das Blatt — nach Ansicht des Antragstellers — in einem Berichte über die große Feuersbrunst in der Nacht vom 4. auf den 5. d. M., das Feuerlöschcorps beschimpft und verleumdet haben soll. In würdiger, maßvoller Weise entgegnete Herr Barjash János, daß hier kein Grund zu einer Klage vorliege, um so weniger, als täglich die bedeutendsten Staatsmänner in weit schärferer Weise von den Journalen angegriffen und getadelt werden. Red-

ner beantragt schließlich die Entsendung einer Commission, welche eine Entgegnung auf die Aeußerungen des erwähnten Blattes zu redigiren hätte, welcher Antrag auch ohne Widerspruch angenommen wurde. Hiermit schien dieser Zwischenfall erledigt. Herr Barabás Póter hielt es jedoch für angemessen, in einer langen, jedes mehrerwähnten Artikels zu polemischen. — Wir hätten von dieser Ausschussung, als eigentlich nicht vor das Forum der Öffentlichkeit gehörend, keine Notiz genommen, wenn wir in aller Form nicht dazu aufgefordert worden wären; da wir es aber nun einmal gethan, wollen wir es auch nicht unterlassen, unsere Ansicht über diese Angelegenheit klar und offen auszusprechen; wozu wir uns um so mehr berechtigt halten, als man uns weder einer zu großen Parteinahme für das angegriffene Blatt, noch weniger aber einer feindseligen Gesinnung gegen unser Feuerlösch-Corps auch nur entfernt wird beschuldigen können.

Was den so hart angefochtenen Bericht des in Rede stehenden Blattes betrifft, so kann nicht geleugnet werden, daß einige zu scharfe Ausdrücke, im Interesse des Friedens der Bürger mit und untereinander, sichtlich hätten gemildert werden können; im Großen und Ganzen aber hat jenes Blatt einem längst gehegten Wunsche der öffentlichen Meinung: nach rationaler Reform unseres Feuerlösch-Wesens, nur Ausdruck gegeben. Freilich dürfte es in einem Momente, wo die einzelnen Mitglieder des Corps durch Hingebung, Muth und bewundernswürdige Todesverachtung die Stadt von einer großen Gefahr befreiten, diese, das höchste Lob verdienende Personen mit der einer Verbesserung bedürftigen Sache nicht veranlassen. Die Personen haben nicht nur ihre Schuldigkeit, sie haben jetzt, wie noch immer, weit mehr als diese gethan.

Was nun das Feuerlösch-Corps selbst betrifft, so glauben wir, daß alle Einsichtsvollen in demselben von dem Wunsche befeelt sein werden, eine Reorganisation herbei zu wünschen, welche dasselbe auf die Höhe bringen sollte, welche die Feuerwehrr anderer Städte unseres Vaterlandes bereits erklommen. Es ist wahr, der Ruf unseres Feuerlösch-Corps ist weit über den Rayon unserer Stadt hinausgedrungen, die Kühnheit und Todesverachtung seiner Mitglieder haben ihm Ehre und Ruhm gebracht. Wenn es aber heutzutage zur unumstößlichen Wahrheit geworden, daß persönlicher Muth und kühne Todesverachtung allein im Kriege nicht entscheidend sind und das Schlachtenglück nicht mehr ausschließlich zu gewinnen im Stande sind, so ist dies auch bei dem Kampfe mit den entsetzlichen Elementen der Fall. Hier wie dort beruht der Erfolg auf einer den Ansprüchen der vorgeschrittenen Cultur entsprechenden Organisation, auf einer sachgemäßen Vertheilung der Kräfte und auf einem einheitlichen Commando.

Es fehlt uns heute an Zeit und Raum, um diesen für das Wohl unserer Stadt so hochwichtigen Gegenstand des Weiteren zu erörtern. Für den Moment haben wir nur den Einen Wunsch, unser wackeres Feuerlöschcorps möge diese Anbeutungen beherzigen und selbst die Initiative zu den nöthigen Reformen ergreifen, und die ganze Bevölkerung wird ihm freudig jubeln und ihm die weitgehendste Unterstützung zu Theil werden lassen.

Der im Ministerrath ohne Aenderung angenommene Polizei-Gesetzentwurf ist, wie „P. N.“ vernimmt, vom Ministerialrath Ribáry ausgearbeitet worden, der denselben im Ministerrathe, welcher sich mit diesem Gegenstande beschäftigte, auch motivirte.

(Minister Szilágyi in Klausenburg.) „Kelet“ theilt mit, daß Minister Szilágyi am 2. August von Großwardein in einem offenen Koffenwagen, in den er gestiegen wäre, um die schöne Gegend freier genießen zu können, angelangt sei. In Klausenburg empfingen ihn der neuernannte Obergespan, der Director der Kolosmonaster landwirthschaftlichen Anstalt und mehrere officielle Persönlichkeiten. Am 3. d., Morgens, besichtigte der Minister die Kolosmonaster Anstalt und empfing bei seiner Rückkehr eine große Zahl von Beamten und Notabilitäten. Tags darauf setzte der Minister seine Reise in das Innere Siebenbürgens fort.

In Angelegenheit der inhaftirten Arbeiterführer geht dem „P. N.“ aus sicherer Quelle die Nachricht zu, daß die Untersuchung in Bezug auf die Inhaftirten bereits beendet ist und der Stadthauptmann demzufolge den caus. reg. Director ersuchte, er möge gegen die am meisten gravirten und des Hochverrathes angeklagten 25 Arbeiter das fernere strafgerichtliche Verfahren einleiten und in Bezug auf die Ueberrahme der Inculpation verfügen. Die Untersuchungsprotocolle sind ebenfalls dem caus. reg. Directorate übermittelte worden.

Ein sehr großer Theil der Preßburger Weingärten- und Gartenbesitzer hat schon im März l. J. eine Petition dem Reichstage in Angelegenheit des Jagdgesetzes unterbreitet, und zwar in der Richtung, daß Weingärten und Gärten nicht in die Verpachtung der Jagdbarkeit einbezogen, sondern den Eigentümern auf diesen ihren Gründen die Jagdfreiheit vorbehalten bleibe. Nachdem damals das Jagdgesetz nicht zur Verhandlung im Reichstage gelangte, so hat der Preßburger Weingärtnervereins-Ausschuß eine neuerliche Eingabe an den k. k. Reichsrath

geleitet und gebeten, auch dieser möge im gleichen Sinne an den Reichstag recurriren und auch das Comitae und die Nachbarmunicipien zum Anschlusse anfordern.

(Der russische Kaiser in Warschau.) Ueber die am Abend des 26. v. M. halb 10 Uhr erfolgte Ankunft des Kaisers Alexander in Warschau berichtet man der „Dziennik“: „Der Monarch war begleitet von seinen Söhnen, den Großfürsten Vladimir und Alexis, und von einem zahlreichen aus Militär- und Civilpersonen bestehenden Gefolge. In letzterem befanden sich auch der Statthalter Graf Berg, der Communications-Minister Graf Bobinski und der Chef der Gendarmen, General-Adjutant Graf Schwaloff, welche dem Kaiser bis zur Eisenbahn-Station Alexandrowe entgegengefahren waren. Auf dem Warschau-Wiener Bahnhofe wurde der Monarch begrüßt von dem Großherzog Georg von Mecklenburg-Direitz, dem Minister des Innern, Timaschof, den hier anwesenden fremden Generalen, den Söhnen der Militär- und Civilbehörden und einer Deputation der Stadt Warschau, die ihm nach klassischer Sitte Brot und Salz überreichte. Eine unabsehbare Volksmenge, die den Bahnhof umlagerte und in der alle Nationalitäten und Stände vertreten waren, empfing den Kaiser mit stürmischen Hurrahrufen. Am Donnerstag wohnte der Kaiser Vormittags in der orthodoxen Kathedrale einem vom Erzbischof Johannitus abgehaltenen Gottesdienste bei und ließ später auf der Moskower Ebene sämtliche Lagerarruppen Revue passieren. Am Freitag inspicierte er auf derselben Ebene die gesammte Cavallerie, die dann vor ihm Manöver ausführte.“

(Begehrensworth!) Die in Wiga erscheinende „Zeitung für Stadt und Land“ enthält folgendes Interat: „Eine in allen Wissenschaften gebildete Dame mit nöthigem Vermögen wünscht sich nach Uebereinkunft zu verheirathen. Adresse unter L. S. P. O. II. V. in deutscher und russischer Sprache, nebst Portrait, erhält Bewerber durch Natalie Leyen in Wiga, Kalkstraße, im Hause de Cheg, sobald er seinen Namen im Couvert „N. D. I. II. An G. E.“ dazuläßt.“ — „Die Dame ist legitime Erbfolgerin von 17,000 Rubeln, einem Schmuck von sieben kostbaren Gegenständen, einer Cigarrenspitze von Peter dem Ersten, mit dessen Namenszug, in 12 Steinen.“ Alle Wissenschaften und eine Cigarrenspitze! mehr kann man nicht verlangen.

Arader Bloß.

Telegramm der Arader Bloßgesellschaft.

Wett, 6. August. Stimmung fest, Termin-geschäft lebhaft. Einige Ladungen Nance-Weizen wurden á fl. 5.28 verschlossen.

Korn fl. 3.25.

Neuer Hafer wurde á fl. 1.77 bis fl. 1.78 gemacht.

Kohlreps fl. 14 1/2 bis fl. 15.

Wien, 5. August. (Getreideverkehr.) An der heutigen Fruchtbörse entwickelte sich nur sehr schwaches Geschäft bei fest behaupteten Preisen in allen Artikeln. Anlaß zu Letzterem gaben die von überall gleichlautenden ungünstigen Ernteberichte über Weizen, dessen qualitatives und quantitatives Ergebniß durchaus unbefriedigend ist. Auf das Ergebniß der anderen Artikel beschränkt man von der ungünstigen Witterung schädlichen Einfluß. Sagner fordern für Weizen, gute Qualitäten, mitunter 15 Kr. mehr, ebenso für Korn. Gerste erfreut sich guter Kauflust, Hafer für Consum animirt gehandelt und 2-3 Kr. besser bezahlt. Bis 1 Uhr wurden notirt: Mais, Bäckhaer, 78 Spd., fl. 3.80 ab Wien; ungarischer 78 Spd., fl. 4.10 per Mezen. Hafer, 44 Spd., fl. 1.84 ab Wien.

Wiener Börse vom 5. August. In Folge der anhaltenden Geschäftlosigkeit verkehrte die heutige Borßörse in matter Haltung. Creditactien drückten sich von 287.30 auf 286.70, Anglo-Bank-Actien von 258.20 auf 257.70, Unionbank-Actien von 266.80 auf 266.50. In Ungarischen Creditactien wurde zu 110, in Ungarischen Bodencredit-Actien zu 139.10 abgeschlossen; Franco-Bank, von 119.40 auf 120.50 gebessert, drückten sich dann wieder auf 120. Lombarden variirten zwischen 181 und 180.60, Carl-Ludwigbahn kamen zu 249.50, Oesterreichische Nordwestbahn zu 213.50 vor.

In Losen war schwaches Geschäft; 1860er Lose 102, Ungarische Prämienlose 97.10. Actien der Tramway-Gesellschaft wichen von 211.50 auf 210. Die Valuta versteifte sich und wurden Zwanzig Francsstücke zu 9.74 1/2 abgeschlossen.

Um halb 12 Uhr schlossen: Creditactien 286.70, Anglo-Bank-Actien 257.70, Unionbank-Actien 266.70, Lombarden 180.60, Tramway 210.50, Zwanzig Francsstücke 9.74.

Zu Beginn der Mittagsbörse gaben die Course neuerdings mäsig ab. Creditactien wichen auf 286.30, Actien der Anglo-Bank auf 257.30, Ungarische Bodencredit waren bis 138.60 angeboten. In Tramway-Actien war 210 Waare.

Zur Erklärungszeit notirten: Creditactien 286.40, Anglo-Bank-Actien 257.40, Unionbank-Actien 266.40, Franco-Bank-Actien 119.60, Lombarden 180.60, Carl-Ludwigbahn 259.50.

Renten und Lose etwas matter, die Valuta fester. Zwanzig Francsstücke 9.76, London 122.25.

(Schluß der Börse.) Um 1 Uhr 30 Minuten: Creditactien 286.70, Anglo-Bank 257.25, Unionbank 266.40, Lombarden 180.70, Galizier 249.50, Zwanzig-Francsstücke 9.74 1/2, Staatsbahn 420.75.

Die Arader Gewerbe- und Volksbank (Bureau, Hauptplatz, Ecke der Rathhausgasse) verzinst

Sparcassa-Einlagen,

ohne Rücksicht auf deren Höhe oder Kündigungsfrist, mit

6% (sechs Percent)

vom Tage der Einlage berechnet.

Ueberrimmt ferner Conto-Corrent-Einlagen zu den günstigsten Bedingungen und kürzesten Kündigungsfristen.

Es comptirt täglich Platzwechsel und Domizile zu herabgesetztem Zinsfuß.

Beforgt den Ein- und Verkauf von Münzen und Effecten, unter Berechnung der möglichsten Provision, so wie die Ausführung von Börsenaufträgen in der coulantesten Weise.

Anmeldungen in den Creditverein der Anstalt werden täglich entgegengenommen.

Öffentlicher Dank.

Die Gefertigte hält sich verpflichtet, folgende wahrhaft edle, großmüthige Handlungsweise, zum nach-eifernden Beispiel für Andere, mit dem Ausdruck des tiefgefühlten Dankes zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

In der Nacht des großen Brandunglückes vom 4. auf den 5. d. M., als das Kochel'sche und das an meinem anstoßende Rimky'sche Haus bereits in hellen Flammen stand, das meinige also in jedem Momente demselben Schicksale verfallen konnte, saß ich einjam und verlassen in meiner Wohnung, rath- und hilflos, der Verzweiflung nahe, weil ich nicht wußte, soll ich Alles im Stiche lassen und nur das Leben zu retten suchen, oder soll ich ausharren. In diesem Momente der höchsten Noth erschien, wie ein Engel vom Himmel gesandt, Sr. Hochgeborenen der Herr Obergespan Peter v. Kósl, bei mir, der ihm ganz fremden, unbekanntem hilflosen Frau, sprach mir Trost und Muth zu, forderte mich aber gleichzeitig auf, das so sehr gefährdete Haus zu verlassen und Werthsachen und Werthpapiere mitzunehmen. Mit der edelsten Menschenfreundlichkeit war sowohl Sr. Hochgeborenen, so wie der in dessen Gesellschaft erschienene k. k. Officier (wie mir später gesagt wurde, Herr Oberleutnant Wolf) bemüht, mir einpacken zu helfen, und als dies geschehen, ließ es sich Ersterer nicht nehmen, das ziemlich umfangreiche Packet selbst zu tragen, und mich, die vor Angst zitternde Frau, bis zu meiner Schwester in die Herrengasse zu geleiten. Sr. Hochgeborenen verließ mich erst dann, als er mich den befreundeten, sicheren Händen meiner Angehörigen übergeben hatte. — Nochmals Dank! herzlichsten, innigen Dank! diesem wahrhaft edlen Menschenfreund! Möge der Allgütige ihm die Liebeshat tausendfach lohnen, welche er einer verlassenen Witwe erwiesen.

Bei dieser Gelegenheit erlaube ich mir auch dem Herrn k. k. Oberleutnant Wolf, ferner dem Herrn Advocaten Carlott, welsch' Letzterem nahezu allein ich es zu danken habe, daß mein Haus nicht ebenfalls ein Raub der Flammen wurde; ferner dem Herrn Vicestadthauptmann Bárdy, dem Kaufmann Herrn Ströbl; wie allen jenen edlen, mir leider unbekanntem Menschenfreunden überhaupt, welche um die Rettung meines Hauses sich bemühten, vom Grunde meines Herzens hiemit öffentlich zu danken.

Arad, den 7. August 1871.

Witwe Mathilde Lillin.

Öffentlicher Dank.

Ich nehme hiemit die angenehme Veranlassung, allen jenen Menschenfreunden, die am 5. d. durch ihre so hilfreiche und ausdauernde Thätigkeit mein Haus vor hart bedrohter Feuersgefahr geschützt haben, meinen verbindlichsten Dank auszusprechen.

Sigmund Lufsig.

Dfner Lottoziehung vom 6. August 1871:

89 23 21 48 19

